

## NACHRICHTEN

## Japanischer Offizier spionierte für Russland

TOKIO: Ein ehemaliger Offizier der japanischen Marine hat sich am Montag vor Gericht schuldig bekannt, für Russland spionierte zu haben. Der 38-Jährige war im Juni verhaftet worden, nachdem er in einem Restaurant in Tokio einem russischen Botschaftsangehörigen Geheimunterlagen über Ausbildung und ein geplantes militärisches Kommunikationssystem übergeben hatte. Der Angeklagte soll sich mehrmals mit dem Russen getroffen und dabei jedes Mal rund 2.000 Mark erhalten haben. Bei einer Verurteilung drohen ihm bis zu einem Jahr Haft oder eine Geldstrafe.

## 41 Flüchtlinge in Griechenland aufgegriffen

ATHEN: Die griechische Polizei hat am Fluss Evros in der Grenzregion zur Türkei 41 Flüchtlinge und zwei Schlepper festgenommen. Wie das griechische Radio am Montag berichtete, hatten die beiden Schlepper, ein Grieche und ein Albaner, die illegalen Einwanderer mit einem gestohlenen Lastwagen auf der griechischen Seite der Grenze abgeholt. Es kam es zu einer Verfolgungsjagd, bei der die Polizei Warnschüsse abfeuerte. Die meisten der Flüchtlinge kamen aus Staaten des Nahen Ostens.

## Italienischer Präsident auf Besuch in Russland

MOSKAU: Der italienische Präsident Carlo Azeglio Ciampi ist bei seinem Staatsbesuch in Russland am Montag mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin zusammengetroffen. Putin würdigte bei der Begrüssung die «sehr guten, warmen und produktiven Beziehungen» zu Italien. Ciampi traf am Montag auch mit Ministerpräsident Michail Kasjanow und dem Vorsitzenden des Föderationsrates im russischen Parlament, Jegor Strojew, zusammen. Ausserdem besuchte er eine grosse Ausstellung italienischer Kunst im Puschkkin-Museum.

## Rebellen bieten Friedensverhandlungen an

COLOMBO: Die tamilischen Rebellen auf Sri Lanka haben der Regierung Friedensgespräche ohne Vorbedingungen angeboten und eine Waffenruhe vorgeschlagen. Der Führer der Befreiungstiger von Tamil Eelam sagte am Montag, er prüfe einen entsprechenden norwegischen Vorschlag ernsthaft und werde auf eine Initiative der Regierung positiv reagieren. Zur Vorbereitung der Verhandlungen sollten beide Seiten zunächst alle Feindseligkeiten einstellen. Dies sei jedoch keine Bedingung, betonte er. Am Samstag hatte bereits die srilankische Präsidentin Chandrika Kumaratunga ihre Bereitschaft erklärt, mit den Rebellen zu sprechen.

## Peter Hess ist für ein Jahr der «höchste Schweizer»

Peter Hess präsidiert den Nationalrat Liliane Maury Pasquier und Yves Christen Vize

BERN: Peter Hess ist für ein Jahr der «höchste Schweizer». Der Nationalrat hat den 52-jährigen Zuger CVP-Vertreter am Montag zum Präsidenten gewählt. Liliane Maury Pasquier (SP/GE) ist erste Vizepräsidentin, Yves Christen (FDP/VD) zweiter Vizepräsident.

Von den 175 ausgeteilten Zetteln für die Präsidentenwahl kamen 7 leer zurück. Bei 168 gültigen Stimmen und einem absoluten Mehr von 85 kam Hess auf 155 Stimmen. 13 Zettel lauteten auf andere Namen.

## Ein Fast-Bundesrat

Der Wirtschaftsanwalt Peter Hess, im abgelaufenen Parlamentsjahr Vizepräsident, übernahm in der grossen Kammer das Zepter vom Berner SVP-Vertreter Hanspeter Seiler. Er kann sich mit dem hohen Amt darüber hinwegtrösten, dass er bei der Bundesratswahl im März 1999 im sechsten Wahlgang um eine Stimme dem offiziellen CVP-Bewerber Joseph Deiss unterlag. Der 1983 ins Parlament gewählte Hess ist nach Klemens



Der Zuger CVP-Nationalrat Peter Hess (rechts), wurde gestern zum höchsten Schweizer, dem Nationalratspräsidenten, gewählt. Er empfing gestern in Bern zum Auftakt der Wintersession der Räte die Gratulationen der zu wählenden Ständeratspräsidentin Francoise Saudan, FDP-GE.

Iten (1902) erst der zweite Zuger an der Spitze des Nationalrates und der Vereinigten Bundesversammlung. Iten regierte zudem nur ein knappes halbes Jahr, nachdem der Präsident wegen Schwerhörigkeit abgetreten war. Die CVP hingegen konnte vor Hess bereits rund zwei Dutzend Nationalratspräsidenten stellen. Die letzte Ratsvorsitzende aus ihren Reihen war 1996/97 die Luzernerin Judith Stamm.

## In einem Jahr wieder eine Frau

Mit 138 von 166 gültigen Stimmen rückte die bisherige zweite Vizepräsidentin, die 44-jährige Genfer Sozialdemokratin Liliane Maury Pasquier, um einen Rang vor. Der ersten Vizepräsidentin winkt nun die Aussicht, in einem Jahr als sechste Frau ins höchste Amt aufzusteigen. Zum zweiten Vizepräsidentin kürte der Nationalrat mit 112 von 158 gültigen Stimmen den 59-jährigen Waadtländer Freisinnigen Yves Christen. Die freisinnige Fraktion hatte dem Romand vor Deutschschweizer Bewerbern den Vorzug gegeben. 26 Stimmen erhielt Karl Tschuppert (FDP/LU), deren 14 Ulrich Fischer (FDP/AG).

## Streit wegen Klimakonferenz

PARIS: Nach der gescheiterten Klimaschutzkonferenz von Den Haag haben sich die Umweltminister von Frankreich und Grossbritannien gegenseitig für den Misserfolg verantwortlich gemacht. Der britische Minister John Prescott, der einen Kompromiss zwischen der EU und den USA ausgehandelt hatte, sagte am Sonntag, seine französische Kollegin Dominique Voynet sei am Ende des Verhandlungsmarathons schwach, erschöpft und am Ende ihrer Weisheit gewesen. Daraufhin nannte Voynet Prescott am Montag einen ausgewiesenen Macho. «Sie bekam kalte Füsse und sagte, sie sei erschöpft und könne die Einzelheiten nicht verstehen, und lehnte dann ab», kritisierte Prescott im Sender BBC.

Dagegen machte die Vorsitzende der französischen Grünen die USA für das Scheitern verantwortlich. «Nichts wäre akzeptabel, das dem Hauptluftverschmutzer USA erlaubt hätte, sich nicht auf eine Senkung der Emissionen zu verpflichten», sagte Voynet dem Rundfunksender France-Inter. Prescott warf sie vor, den USA zu weit entgegen gekommen zu sein. Das französische Aussenministerium teilte mit, die EU habe bei der Konferenz durch die Umweltministerin mit einer Stimme gesprochen. Frankreich hält derzeit den EU-Ratsvorsitz.

Der dänische Umweltminister Svend Auken unterstützte den Standpunkt Voynets und erklärte, er sei erstaunt über die Kritik Prescotts. «Er muss unter starkem Stress stehen», sagte Auken.

## Helmut Kohl kommt wegen Spendenaffäre erneut unter Druck

Hat der Ex-Kanzler 265 000 DM aus der Parteikasse entwendet?

BONN: Die Bonner Staatsanwaltschaft hat ein zweites Ermittlungsverfahren gegen Alt Bundeskanzler Helmut Kohl wegen des Verdachts der Untreue eingeleitet. Der Sprecher der Bonner Staatsanwaltschaft, Bernd König, teilte am Montag mit, es bestehe der Verdacht, dass Kohl Parteigelder in Höhe von rund 265 000 Mark ohne die notwendige Zustimmung der CDU-Gremien nach eigenem Ermessen ausgegeben habe.

Kohls Anwälte betonten in einer ersten Stellungnahme, es handele sich «um einen bekannten Sachverhalt». Eine mögliche Einstellung des Verfahrens gegen Zahlung einer Geldbusse nach Paragraph 153 a Strafprozessordnung würde nach ihren Angaben beide Verfahren umfassen. Die Einleitung eines zweiten Verfahrens gegen Kohl war laut Staatsanwaltschaft deshalb notwendig, weil der neue Vorwurf von der vorangegangenen Aufhebung der Immunität Kohls bislang nicht erfasst gewesen sei. Die Staatsanwaltschaft habe deshalb bereits in der vergangenen Woche den Bundestagspräsidenten informiert.

## Juristische Formalität

Die Anwälte betonten, es handele sich um eine «juristische Formalie», die bereits Gegenstand der Gespräche zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigern gewesen sei. König berichtete, bei den 265 000 Mark handele sich um einen Teilbetrag der insgesamt 1,1

Millionen Mark, die die Bundestagsfraktion der CDU Mitte der 90er Jahre an die Partei übergeben habe. Im nächsten Schritt des Verfahrens würden nun Kohls Rechtsanwälte Einsicht in die Akten und die Gelegenheit zu einer Stellungnahme erhalten. Die Staatsanwälte hoffen, beide Verfahren zeitgleich beenden zu können. Die Bonner Staatsanwaltschaft hatte am 3. Januar gegen den

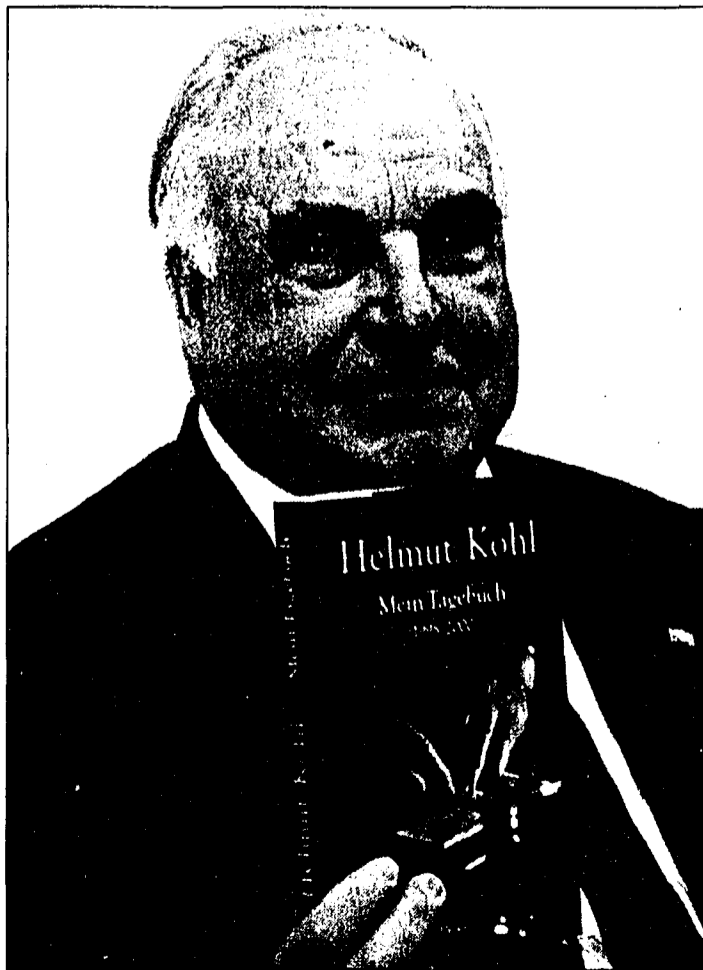
früheren CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler wegen des Verdachts der Untreue zum Nachteil seiner Partei Ermittlungen aufgenommen. Kohl hatte öffentlich zugegeben, zwischen 1993 und 1998 rund zwei Millionen Mark an Spenden für die CDU angenommen zu haben. Die Gelder wurden aber nicht ordnungsgemäss im Rechenwerk der Partei verbucht. Die Namen der Spender

will Kohl mit Hinweis auf ein Ehrenwort bis heute nicht preisgeben.

## Kohls Tagebuch ist ein Renner

MÜNCHEN: Das Tagebuch von Alt Bundeskanzler Helmut Kohl hat nach Verlagsangaben am ersten Verkaufstag regen Absatz gefunden.

Bundesweit seien am Montag 170.000 Exemplare von «Helmut Kohl: Mein Tagebuch 1998 - 2000» in den Geschäften ausgelegt worden, sagte Claus Carlsberg vom Droemer-Verlag in München. Zwar konnte er keine genauen Verkaufszahlen nennen, jedoch sagte er, sie seien durchwegs zufrieden stellend. Schon bevor der Verkauf überhaupt begann, hatte der Verlag eine vierte Auflage drucken lassen, um den Handel bereits in den ersten Wochen mit insgesamt 240.000 Exemplaren beliefern zu können. Mit der Herstellung sind zwei Druckereien beschäftigt. Der frühere Bundeskanzler und CDU-Chef Kohl präsentiert in dem Buch seine Sicht vom CDU-Spendenskandal und kritisiert das Verhalten seiner Nachfolger im Parteivorsitz, Wolfgang Schäuble und Angela Merkel, in der Affäre. Die Berichterstattung über seinen Umgang mit Spenden wird von Kohl als «öffentliche Hinrichtung» angesehen.



Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Präsentation seines neuen Tagebuchs. Jetzt kommt er erneut wegen der Finanzaffäre unter Druck. (Bilder: Keystone)